

Posener Zeitung

Kommunenzeitung
Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Haus. Ad. Schles. Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Gce.,
Olof Nekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
i. V. J. Hirschfeld
in Posen.

Mr. 367

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Max von Forckenbeck †.

Mit Max von Forckenbeck ist einer der leuchtendsten Charaktere unseres öffentlichen und politischen Lebens dahingegangen. Ein solches reiches Leben läßt sich mit kurzen Worten nicht umschreiben. Herr von Forckenbeck stellt für sich allein ein ganzes großes Stück der Entwicklung unserer inneren Zustände und namentlich der Entwicklung der Reichshauptstadt dar. Was er geschaffen, wird ihn überdauern, und dies ist das Schönste, was sich von ihm sagen läßt. Er war zu allen Zeiten eine eminent positive Natur, voller Schaffenskraft, sachlich, verständig, grundehrlich, wohlwollend, was sich mit Strenge gegen sich selber sehr wohl vertragen konnte. Forckenbeck ist immer wie ein Muster gesunden Menschenverstandes erschienen. Keiner Uebereilung hat er sich jemals schuldig gemacht, und wo er im Leben und in seiner Thätigkeit stand, da konnten auch Andere beruhigt Fuß fassen; sie wußten, daß eine Sache, der Forckenbeck seine Kräfte lieb, nicht schlecht sein konnte. Das Talent der Thatkraft mochte in dem Verstorbenen die Fähigkeit zur eigenen Initiative überwiegen. Ein politischer Führer in dem Sinne wie etwa Richter und Bannigen ist er nie gewesen, aber weniger, weil ihm die Gabe dazu gefehlt hätte, als weil sein Drang nach aktiver Betätigung stets sein stärkstes Genügen in positiven Aufgaben fand. So wurde er ein Muster und Meister der Thätigkeit in großen kommunalen Verwaltungen. Hätte die Ungünft unserer politischen Zustände nicht verhindert, daß Forckenbeck sein ganzes reiches Wesen vollständig zu entfalten vermochte, dann würde er auf dem Ministerstuhl eine Zierde auch des höchsten Kollegiums in unserem Staatsleben geworden sein. So aber mußte sich seine Umgebung damit begnügen, ihn als den erfolgreichen Oberbürgermeister Berlins 13 Jahre hindurch eine unendlich fruchtbare, segensreiche Thätigkeit entfalten zu sehen. Ihn persönlich haben diese Aufgaben und ihre glückliche Lösung gewiß vollauf befriedigt. Vom Durchschnittsgehrige war nichts in ihm. Was Forckenbeck während seiner langen parlamentarischen Thätigkeit zu allen Seiten vorangestellt hat, das war die Sache und nur die Sache. Darum war es bei ihm wie selbstverständlich, daß er immer dann auf den Plan trat, wenn große Entscheidungen einen ganzen Mann erforderten. Es soll hier nicht auf die früheren Jahre des Landtags- und Reichstagsabgeordneten zurückgegriffen werden, sondern nur auf die Zeit, wo die Wendung in der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik das Verhältnis des Liberalismus zum Fürsten veränderte und jene Entwicklung eintrat, die über die Sezession hinweg zur Bildung der freimaurischen Partei führte. Fürst Bismarck, der für politische Freundschaft und politische Gegnerschaft stets einen außerordentlich feinen Instinkt gehabt hat, mochte wohl gewußt haben, weshalb er gerade Forckenbeck in den späteren Jahren mit seiner besonderen Abneigung bedachte. Dieser Oberbürgermeister von Berlin war nicht angreifbar, und gerade darum traf ihn vor allem der heftigste Zorn und der ganze fanatische Hass des Fürsten. Unvergessen ist die Szene im Reichstage, wo Herr v. Forckenbeck den Angriffen des Reichskanzlers auf die Berliner Verwaltung entgegnet. Unvergessen auch wird bleiben, daß Kaiser Friedrich Herrn v. Forckenbeck eine hohe Ordensauszeichnung nur mit der Bedingung ertheilen konnte, daß im „Reichsanzeiger“ der Grund für die Verleihung, die Verdienste Forckenbecks um die Über schwemmungen vom 1888, mitaufgeführt wurde. An den Empfang des Oberbürgermeisters als Führer der berühmten Schloßbrunnendepputation braucht nur erinnert zu werden; es ist noch in frischem Gedächtniß, welche wundersamen Dinge sich damals abspielten. Zu Hofffesten ist Forckenbeck unter dem jetzigen Kaiser unseres Wissens nur ein oder zwei Mal geladen worden. Ein gewisser Ausgleich fand aber doch beim Empfang des Königs Humbert im Jahre 1889 statt, wo der Kaiser Herrn v. Forckenbeck auf dem Bahnhof die Hand reichte und ihm für die prächtige Ausschmückung der Stadt dankte. Forckenbeck war Katholik, „Staatskatholik“, wie es die Ultramontanen zu nennen beliebten. Als Mitglied des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten hat der Verstorbene an der Absezung mehrerer Bischöfe Theil genommen. Indessen wäre es ein Irrthum, ihn als völlig losgelöst vom kirchlichen Leben zu betrachten. Wir wissen bestimmt, daß Forckenbeck ein lebhaftes religiöses Empfinden hatte, obwohl er es öffentlich nicht betätigte.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom 27. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebeneinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Ablösung der auf Grund der Wege-

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
And. Kosse, Kaisersleben & Vogler A.-G.
G. J. Danke & Co., Invalidendenk.

Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist
in Posen.

Sonnabend, 28. Mai.

Inserate, die sechsäugige Zeitung oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erprobung für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

ordnung für die Provinz Sachsen seitens des Staates an die Provinz zu zahlenden Rente.

Die Ablösung soll in Form einer Kapitalabfindung (13 190 643 Mark) erfolgen. — Ein Antrag von Strombeck verlangt, daß die Rente noch mindestens drei Monate nach Bekanntmachung des Zahlungstages zahlbar bleibt.

Abg. von Strombeck (dfr.) begründet kurz seinen Antrag, der sowohl im Interesse des Fiskus wie der Provinz liege. Der letzteren würde es durch eine solche Bestimmung ermöglicht werden, Zeit zur Anlage des Geldes zu gewinnen.

Geh. Rath von Reinbaben bittet, den Antrag abzulehnen, da der Provinziallandtag der Provinz Sachsen eine solche Bestimmung nicht verlangt habe.

Der Antrag wird darauf abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. das Diensteinkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen Schulen.

§ 1 der Kommissionsbeschluß bestimmt, daß alle für die wissenschaftlichen Lehrer, Hilfslehrer, Beichenlehrer und sonstigen technischen Elementar- und Vorschullehrer an den staatlichen und höheren Anstalten geltenden Bestimmungen auch für dieselben Lehrerkategorien an den kommunalen höheren Schulen anzuhalten gelten sollen. — Die Regierungsvorlage hatte nur diejenigen technischen Lehrer in diesen Paragraph einbezogen, welche mindestens 14 Beichenstunden und 10 Stunden anderen Unterrichts in der Woche ertheilen.

Abg. Seyffardt (Magdeburg, ntl.): Ich erkenne an, daß die Regierung Alles, was sich zur Zeit zu Gunsten der Lehrer durchführen läßt, durchzuführen ver sucht. Aber von einem Abschluß kann nicht die Rede sein; im Gegenteil, die Kommission ist der Ansicht, daß die Regierungsvorlage von dem im Normaletat gesteckten Ziel zum Theil in einer nicht erwünschten Weise abdrängt. Von einer völligen Gleichstellung der Lehrer ist hienach in keiner Weise die Rede. Die Elementarlehrer an den höheren Schulen sind seit 20 Jahren immer mehr heruntergedrückt worden; es ist eine weitere Benachteiligung, wenn man den Gegensatz zwischen ihnen und den akademisch gebildeten Lehrern an derselben Schule noch mehr verschärft, und wenn die Gehälter dieser Elementarlehrer nicht im ganzen Staate nach einheitlichen Grundlagen gezahlt werden. Der Grundatz des Aufrückens nach Dienstalterszulagen, den die Kommission im Gegensatz zu der Regierungsvorlage aufgestellt hat, ist ein durchaus richtiger. Wir hoffen, daß die großen Auswendungen, die aus Regierungsvorlage und Kommissionsbeschluß zu Gunsten der Lehrer hervorgehen, dem gesammten Schulwesen zu Gute kommen werden.

Abg. v. Bülow (Wandsbek, frk.) beantragt, daß die Ermittelung, nach welcher definitiv angestellten wissenschaftlichen Lehrern neben dem Gehalt eine feste pensionsfähige Bulage von 900 M. gemäß dem Normaletat jährlich zu gewähren ist, nicht ortss- oder anstaltswise, sondern für den Amts bereich eines Provinzial schulkollegiums stattfinden soll. Redner begründet seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß ohne diesen eine Lücke in dem Geheb vorhanden wäre. Bei einer orts- oder anstaltswise vorzunehmenden Ermittelung würden die einzelnen Lehrer schlechter wegkommen.

Kultusminister Dr. Bosse: Der Kampf um diese Vorlage in der Kommission gehört zu der Art von Kämpfen, die Savigny als friedsame Kämpfe bezeichnete, bei denen man sich ein gemeinsames Ziel vorgestellt hat. Nun hat die Kommission den Absatz der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Vorschullehrer an einer höheren Lehranstalt mindestens gleichstehen müssen den Volkschullehrern an dem betreffenden Orte. Die Regierung muß aber entschieden an der Vorlage in diesem Punkte festhalten. Ich mache kein Hehl daraus, daß, wo eine gute Volkschule ist, die Schüler, die später die höhere Lehranstalt besuchen sollen, möglichst dort ihre erste Ausbildung erhalten. Aber diese Frage hat ja unmittelbar damit nichts zu thun. Jedenfalls belasten Sie durch den Kommissionsbeschluß die Städte finanziell viel mehr als die Regierungsvorlage, und das war doch nicht unsere Tendenz. Ich bitte auch, den Antrag v. Bülow abzulehnen. Man würde auch zu einer Art von Besoldungsgemeinschaft der Anstalten im Bereich eines Provinzialschulkollegiums kommen. Wenn nun in diesem Bereich mehr ältere Lehrer vorhanden sind, als Bulagen gegeben werden können, so müssen die einen Gemeinden das Plus für die anderen tragen. Dagegen werden sie sich aber wehren, und sie würden sich deshalb mit dem Gesetz nicht befrieden. Zu dieser Abweichung vom Normaletat liegt auch keine dringende Veranlassung vor.

Vom Abg. Madibyl (Brz.) ist inzwischen ein Antrag eingeflossen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Dr. Lieber (Brz.): Wir sind alle im Ziele einig, die Stellung der Lehrer zu verbessern. Aber dabei dürfen wir die Interessen der Gemeinden nicht vergessen; wir wollen diese Interessen wahren. Mit Unrecht hat man daran gegen uns den Vorwurf beigelegt, daß wir uns in einer Gegnerschaft zu den Schul- und Lehrerinteressen befinden. Wenn der Finanzminister sich bereit erklärt, die den Gemeinden erwachsenden Mehrkosten aus der Staatskasse zu zahlen, so würden wir für die bedingungslose Gleichstellung der Lehrer an den staatlichen Anstalten mit denen an den nichtstaatlichen Anstalten eintreten. Bei der Finanzlage des Staates wird das der Finanzminister nicht thun und nicht thun können. Aus diesem Grunde müssen wir für die Regierungsvorlage stimmen. Diese gewährleistet den technischen Lehrern durchaus das, was ihnen nach ihrer Vorbildung und Stellung gebührt.

Abg. Dr. Kropatsch (Kon.) schildert zunächst die schlechte Lage der Lehrer, welche es verursache, daß die idealsten Kräfte dem Lehrerstande verloren gehen. Die höheren Schichten der Bevölkerung zögern sich von diesem Studium zurück, die Lehrer rekrutieren sich aus immer tieferen Schichten. Es hat sich allmählich in den Kreisen der akademisch gebildeten Lehrer ein Standesbewußtsein, ein Korporationsgeist. Sie wünschen, daß ihren Kollegen, die auf einen vorgeschobenen Posten haben gelangen können, alles das zu Theil wird, was nach den allgemeinen Normen der Gesetzgebung ihnen zu Theil werden muß. Ich glaube, daß bei Annahme der Kommissionsbeschluß die finanziellen Folgen nicht so schwerwiegend sind, daß daran das ganze Gesetz scheitern könnte. Deshalb bitte ich Sie, die wohlerwogenen Beschluß der Kommission anzunehmen.

müssen. Um ein Vorschreiten in dieser Richtung zu verhindern, muß die Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen Schulen mit denen an staatlichen Schulen erfolgen. Das liegt nicht bloss im Interesse der Schulen, sondern auch in dem der Lehrer. Ein gleiches ist nötig bezüglich des Verhältnisses der seminaristisch vorgebildeten Lehrer an den höheren Schulen zu den Volkschullehrern. Ich bestreite, daß dadurch den Kommunen eine erhebliche Mehrbelastung entstehen würde. Es liegt im Interesse der Schulen, einen guten Materialien an seminaristisch gebildeten Lehrern in den sechsklassigen Schulen, daß sie dieselbe Besoldung erhalten wie an den staatlichen Schulen. Ich empfehle Ihnen im Einverständnis mit meiner Fraktion die Annahme der Kommissionsbeschluß.

Finanzminister Dr. Miquel: Der Entschluß, diese Vorlage zu machen, ist der Regierung nicht leicht geworden, es war ihr nicht leicht, sich nach der einen oder anderen Seite zu entscheiden. Die zwangsläufige Gleichstellung der Lehrer an staatlichen und nichtstaatlichen höheren Schulen, die aus der Initiative des Hauses heraus versucht wurde, ist in den Verhandlungen des Hauses gescheitert. Das konnte die Regierung nicht ermutigen, ihrerseits einen solchen Gesetzentwurf einzubringen. Es stand das Bedenken entgegen, daß in die Selbständigkeit der Gemeinden eingegriffen werde, daß die Gemeinden finanziell mehr belastet und eine weitere Staatshilfe notwendig werden würde, also eine finanzielle Belastung auch des Staates, der doch selbst seine Beamten nicht hat aufzubessern können. Das würde auch zu einem weiteren Streben nach Verstaatlichung der Kommunalanstalten drängen, was ich nicht für wünschenswert halten kann. Wir mußten nun sehen, wie wir diese Bedenken überwinden könnten, um das uns gesteckte Ziel einer möglichen Gleichstellung der akademisch gebildeten Lehrer an staatlichen und nichtstaatlichen Anstalten zu erreichen. Darüber hinaus aber konnten wir nicht gehen.

Die allgemeinen Gesichtspunkte des Abg. Kropatsch kann ich unterscheiden. Sie führen aber durchaus nicht zur Annahme der Kommissionsbeschluß. Die Rücksichten, welche einen staatlichen Zwang bezüglich der Gleichstellung erforderlich machen, treffen bei den Elementarlehrern nicht zu. Die Elementarlehrer werden ja nicht durch den ganzen Staat besoldet, sondern es ist immer betont worden, daß diese Besoldungsverhältnisse sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden richten sollen. Die Frage, ob die Elementarlehrer an den höheren Schulen besser besoldet werden sollen als an Volkschulen, was ich auch für wünschenswert halte, geht gar nicht hierher. Aus Rücksicht auf die Staatsfinanzen bitte ich Sie, § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage an zu nehmen.

Abg. Dr. Ritter (st.) tritt für die Kommissionsbeschluß ein und spricht sein Bedenken über die Stellung der Regierung aus. Ein Grund gegen die gleiche Ordnung der finanziellen Verhältnisse der Elementarlehrer an den staatlichen und nichtstaatlichen höheren Anstalten liegt nicht vor. Die Kommissionsbeschluß entsprechen einem Gebot der Gerechtigkeit. Das finanzielle Interesse ist nicht so bedeutend und muß hier zurückstehen vor dem Interesse der Schule.

Abg. v. Schenkendorff (nall.) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an. Der finanzielle Standpunkt des Finanzministers tritt hier zu Unrecht in den Vordergrund. Die Elementarlehrer an höheren Schulen sind Mitglieder eines Kollegiums, dessen Interessen sie zu vertreten haben, und innerhalb desselben man sie nicht herabdrücken sollte schon aus Rücksicht auf ihre Stellung den Schülern gegenüber. Der Antrag v. Bülow ist nur dann annehmbar, wenn auch für die anderen Lehrer Besoldungsgemeinschaften festgelegt werden, wie wir es zu § 2 beantragt haben.

Kultusminister Dr. Bosse wendet sich gegen die Ausführung des Vorredners, daß die Schüler an der Stellung der Elementarlehrer, wenn die Regierungsvorlage angenommen würde, Anstoß nehmen könnten. Wir haben doch diesen Zustand seit den siebziger Jahren, ohne daß wir im Unterrichtsinteresse schlechte Erfahrungen gemacht hätten.

Abg. Dr. Meier (dfr.): Wir haben den Wunsch, daß das Gesetz verabschiedet wird, und daß es ohne zu lange Berathung verabschiedet wird. Leider scheint dazu nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen keine Aussicht vorhanden zu sein. Wenn man die Debatte abkürzen will, so thut man am besten, selbst zu schweigen, daß ist mir aber unmöglich, nachdem Abg. Lieber behauptet hat, das Gesetz und noch mehr die Kommissionsbeschluß beeinträchtigen die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Selbstverwaltung der Gemeinden liegt ferner Partei mehr am Herzen als uns. Die ganze Angelegenheit hat mit der Selbstverwaltung der Gemeinden nichts zu thun (Widerpruch). Die Selbstverwaltung der Gemeinden hat sich mit kommunalen, nicht mit staatlichen Angelegenheiten zu befassen. Die Gemeinden können wohl Opfer dafür bringen, aber sie müssen sich der staatlichen Autorität fügen. Wir schämen uns auch nicht, wie Abg. Lieber meinte. Wir wollen, daß jeder nach seinen Leistungen bezahlt wird. Irgend einen daran zu lassen, bloß um die Schablone in irgend einem Punkte nicht zu durchbrechen, das läßt sich gar nicht mit dem guten und milden Herzen des Herrn Dr. Lieber in Einklang bringen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lieber müßte eigentlich nach seinen Ausführungen das ganze Gesetz ablehnen. Aber dafür, einen Unterschied zu machen zwischen seminaristisch gebildeten Lehrern an staatlichen und an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten, dafür hat er auch nicht den Schatten eines Grundes beigebracht. Weshalb soll man die an staatlichen Schulen angestellten Elementarlehrer mit anderem Maße messen als die an Kommunalen Schulen angestellten? Ich haite die hier getroffene Unterscheidung für höchst ungerecht. Es ist mir so vorgekommen, als ob man den Wünschen der seminaristisch gebildeten Lehrer nicht in der Weise Rechnung tragen zu müssen glaubt, wie den akademisch gebildeten Lehrern. Es herrscht in den Kreisen der seminaristisch gebildeten Lehrer ein Standesbewußtsein, ein Korporationsgeist. Sie wünschen, daß ihren Kollegen, die auf einen vorgeschobenen Posten haben gelangen können, alles das zu Theil wird, was nach den allgemeinen Normen der Gesetzgebung ihnen zu Theil werden muß. Ich glaube, daß bei Annahme der Kommissionsbeschluß die finanziellen Folgen nicht so schwerwiegend sind, daß daran das ganze Gesetz scheitern könnte. Deshalb bitte ich Sie, die wohlerwogenen Beschluß der Kommission anzunehmen.

Abg. Dr. Kropatsch (kon.) schildert zunächst die schlechte Lage der Lehrer, welche es verursache, daß die idealsten Kräfte dem Lehrerstande verloren gehen. Die höheren Schichten der Bevölkerung zögern sich von diesem Studium zurück, die Lehrer rekrutieren sich aus immer tieferen Schichten. Es hat sich allmählich in den Kreisen der akademischen Jugend die Anschauung Bahn gebrochen, daß der Lehrerberuf nicht blos ein schwerer, sondern auch ein schlecht besoldeter ist. Darum widmen sich nur wenige Abiturienten dem philologischen Studium. Dazu kommt, daß die guten Kräfte sich den staatlichen Schulen zuwenden, so daß die kommunalen Schulen sich mit minderwertigem Material begnügen

nehmen. Neben den Antrag v. Bülow habe ich mir noch kein klares Bild machen können und werde ihn deshalb ablehnen. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miguel bestreitet eine Vereinigungsmöglichkeit gegenüber den seminaristisch gebildeten Lehrern. Er habe ausdrücklich anerkannt, daß dieselben an den höheren Anstalten besser gefestigt werden müßten als an den Volkschulen. Die meisten Städte haben das auch bereits von selbst getan. Ich habe mich nur gegen einen staatlichen Zwang auf die Städte in dieser Beziehung gewandt. Man muß hier individualisieren, und nicht mechanisch equalisieren, wie es die Kommission gethan hat. Hierin sind Sie sich aber nicht einmal konsequent geblieben; denn in manchen Fällen, z. B. in Frankfurt, stellen Sie ja die Lehrer an den städtischen Gymnasien besser als die an den staatlichen Gymnasien. Also zu einer völlig mechanischen Gleichstellung kommen Sie doch nicht. Ich sehe aber auch gar keinen Grund ein für einen staatlichen Zwang in diesem Falle.

Abg. v. Bülow (Wandsbeck) tritt nochmals für seinen Antrag ein, der ganz harmlos sei und im Allgemeinen gar nicht die Bildung von Besoldungsgemeinschaften für die Städte beabsichtige, wie es der Kultusminister dargestellt habe.

Abg. Schmelzer (nl.) wendet sich gegen die finanziellen Bedenken des Finanzministers. Hier müsse man ordentlich zugreifen, gerade aus Rücksicht auf die kleinen Städte, denen die Gymnasien mit den Hunderten von auswärtigen Schülern große Vortheile bringen.

Abg. Dr. Lieber: Auch wir wollen die Vorlage möglichst rasch verabschieden, aber ohne die gründliche und sachgemäße Beurtheilung außer Acht zu lassen. Die Hebe, in die wir uns hineinzuarbeiten scheinen in dem Wunsche, noch vor Pfingsten die Session zu schließen, entspricht weder der Würde des Hauses, noch dem Interesse der beiden Gesetze, die uns noch beschäftigen werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn die Regierung und die Mehrheit des Hauses die Arbeiten noch vor Pfingsten zum Abschluß bringen wollen, dann gehen wir lieber heute als morgen, und lassen die drei Gelegenheitswürfe unter den Tisch fallen. (Beifall im Zentrum.) Wollen wir sie aber erledigen, so müssen wir es sachgemäß thun, und wenn wir auch nach dem Feste hier sitzen müßten. Die freimaurische Partei ist mit ihrer Staatskompetenz gegenüber der Freiheit der Gemeinden schon weit gekommen! (Sehr gut! im Zentrum.) Ich bin begierig, wie Abg. Meyer die Selbstverwaltung der Gemeinden bei den Gesetzen über die Territorialbahnen und die Militärwärter noch retten will. Abg. Meyer will die seminaristisch gebildeten Lehrer den akademisch gebildeten Lehrern gleichstellen. Das ist dasselbe, als wenn man dem Unteroffizier dasselbe Gehalt wie dem Finanzminister geben wollte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Meyer: Abg. Lieber hat mir den Vorwurf, ich wolle die seminaristisch gebildeten und die akademisch gebildeten Lehrer gleichstellen und müßte das auch mit dem Unteroffizier und dem Finanzminister thun, mit solchem Ernst gemacht, daß ich es nur bewundern kann, wie weit es der Mensch in der Beherrschung seiner Gesichtsmuskeln bringen kann. (Große Heiterkeit.) Ich habe nur die seminaristisch gebildeten Lehrer an den staatlichen und den seminaristisch gebildeten Lehrer an den kommunalen höheren Lehramtsstellen gleichgestellt. Nachdem ich diese kolossale Uebertreibung des Abg. Lieber festgestellt habe, kann ich über seine übrigen Ausführungen hinweggehen. Neben den Begriff der Selbstverwaltung werde ich mich mit dem Abg. Lieber nie verständigen können, das haben die Verhandlungen über das Schulgesetz bewiesen. Ich werde jederzeit vor meinen Wählern bestehen können.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

§ 1 wird nach dem Kommissionsbeschluß gegen die Stimmen des Zentrums angenommen; der Antrag von Bülow wird abgelehnt. § 2 der Regierungs-Vorlage, welche den Gemeinden freistellt, anstatt der für die staatlichen Anstalten geltenden Alterszulagen besondere Besoldungsetat aufzustellen, ist von der Kommission gestrichen worden.

Ein Antrag von Schenkendorff - Kropatsch verlangt einen § 2, in welchem ausdrücklich die Verpflichtung der Kommunen zur Einführung des Systems der Dienstalterszulagen festgesetzt wird. Zur leichteren Herbeiführung dieses Systems sollen Besoldungsgemeinschaften der Gemeinden gebildet werden.

Abg. Dr. Ritter (fr.) tritt im Prinzip für die Kommissions-Beschlüsse ein. Redner beantragt, daß bis zum Jahre 1900 § 2 der Regierungs-Vorlage Geltung haben solle, daß aber von 1900 an allein das System der Altersstufen Geltung haben solle.

Kultusminister Dr. Bosse: Auch ich gönne den Lehrern die Alterszulagen; ich bitte Sie aber, sich auf das Erreichbare zu beschränken. Ich muß erklären, daß, wenn § 2 der Regierungs-Vorlage abgelehnt wird, die Regierung ihre Zustimmung zu dem ganzen Gesetz versagen muß. Die Ablehnung des § 2 würde einen sehr starken Schritt in der Verstaatlichung aller höheren Lehramtsstellen bedeuten, was wir nicht wollen. Ich bitte Sie also, die Regierungs-Vorlage wieder herzustellen.

Abg. v. Schenkendorff (nl.): Wenn es möglich ist, das System der Dienstalterszulagen einzuführen unter Vermeldung der finanziellen Schwierigkeiten, so haben wir alle Veranlassung, darauf einzugehen; halbe Maßregeln können nur beunruhigen. Redner bittet um Annahme seines Antrages.

Abg. v. Buch (f.): Unsere Fraktion wird in ihrer Mehrheit nicht für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Sie entsprechen nicht den Rückblicken auf das finanzielle Interesse des Staates und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Von dem Aussatz der Abstimmung über § 2 wird für den größten Theil meiner Partei die Abstimmung über das ganze Gesetz abhängen. Wir können noch nicht für den Antrag stimmen, der die Bildung von Zwangsbesoldungsgemeinschaften will; wir halten eine solche zur Zeit nicht für richtig.

Kultusminister Dr. Bosse weist noch darauf hin, daß der Antrag von Schenkendorff betr. die Bildung der Besoldungsgemeinschaften eine Unsicherheit in den Gemeindehaushalt bringen und manche Unklarheiten schaffen werde.

Abg. Dr. Kropatsch (konf.) befürwortet auch im Namen eines ganz kleinen Theils der konservativen Partei die Streichung des § 2 der Regierungs-Vorlage und den Antrag v. Schenkendorff - Dr. Kropatsch.

Ein inzwischen eingegangener Antrag Rabby (str.) will die Regierungsvorlage wiederherstellen.

Abg. Dr. Lieber (str.) tritt für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Im Prinzip zieht auch er das System der Dienstalterszulagen dem System der Stellenzulagen vor; aber aus finanziellen Gründen müsse man vorläufig von der allgemeinen Einführung des Dienstalterszulagensystems Abstand nehmen. Man würde entweder den Staat oder einzelne Gemeinden finanziell zu sehr beladen müssen. Der Antrag v. Schenkendorff, betr. Gründung von Zwangsbesoldungsgemeinschaften sei für die Zentrums-Partei ebenso wenig annehmbar.

Finanzminister Dr. Miguel vertheidigt sich dagegen, einseitig staatlich-finanzielle Interessen zu vertreten. Von Staatsinteressen aus würde ja gerade der Antrag v. Schenkendorff acceptabel sein,

weil er dem Staate Lasten abnimmt auf Kosten einzelner Gemeinden. Aber ich bin trotzdem gegen den Antrag im Interesse des Friedens und der Ruhe der Gemeinden. Der Antrag würde dazu führen, daß eine Gemeinde, die nur junge Lehrer angestellt hat, zahlen muß für eine andere Gemeinde, die die besten Kräfte sich ausgewählt hat. Die Bildung von Zwangsbesoldungsgemeinschaften würde schließlich zur Verstaatlichung der gesamten Schulen führen. Diese Konsequenz können doch auch die Antragsteller nicht wünschen. Es liegt doch im Interesse des Schulwesens, daß auch kommunale Schulanstalten in ihrer Individualität erhalten werden. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen und durch solche Anträge nicht das ganze Gesetz zu gefährden, wie der Vater, der aus lauter Liebe ein Kind tödlich trifft.

Abg. Dr. Dürr (natl.) steht entschieden auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse. Das System der Stellenzulagen muß bestätigt werden nicht allein im Interesse der Lehrer, sondern auch im Interesse der Schule.

Abg. Rickert (fr.): Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob das Interesse der Schulen höher ist als das der Gemeinden, sondern allein um eine Frage der Taktik. Nach der Erklärung des Kultusministers, welche auf Grund eines besonderen Beschlusses der Regierung abgegeben ist, steht fest, daß im Falle der Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu § 2 das Gesetz scheitern wird. (Rufe: nu, nu! Heiterkeit.) Ich gebe noch eins zu bedenken. Der Finanzminister hat schwere finanzielle Bedenken ausgesprochen. Wenn Sie dieses Gesetz nun noch der Gefahr einer Herrenhausberatung aussehen, dann könnte das schwere Herz des Finanzministers so schwer werden, daß das ganze Gesetz wirklich scheitert, und die Lehrer würden es Ihnen nicht danken. Sorgen Sie also dafür, daß das Herrenhaus nichts zu ändern findet. Da der Kultusminister sich nicht gegen den Antrag Ritter ausgesprochen hat, werde ich für ihn stimmen.

Finanzminister Dr. Miguel: Wir würden nichts mehr bedauern, als daß das Gesetz scheiterte, und wir werden uns alle Mühe geben, im Herrenhaus ein Scheitern zu verhindern. Wir haben so viele Konzessionen gemacht, damit das Gesetz nicht scheitert, aber damit es auch wirklich zustande komme, wird man über ein gewisses Maß von Anforderungen nicht hinausgehen dürfen. Nehmen Sie daher die Regierungsvorlage an.

Abg. Dr. Emeckerus erklärt mit Rücksicht auf die Erklärung des Kultusministers jetzt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen zu wollen.

Abg. v. Schenkendorff zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Ritter - Beditz wird abgelehnt.

Der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 28 Stimmen angenommen. Dagegen stimmt nur ein Theil der Nationalliberalen und der Freikonservativen, sowie einige Konservative.

Darauf schlägt der Präsident vor, die weitere Verathung auf eine Abendsitzung zu verlegen.

Abg. Dr. Lieber (str.) tritt diesem Vorschlag entgegen, da die meisten Mitglieder schon seit 10 Uhr beschäftigt seien.

Präsident v. Höller: Nur wenn dieses Gesetz fertig gestellt wird, kann die Session vor Pfingsten geschlossen werden. Dieser Wunsch ist aber allgemein. Ich glaube, die Interessen des Landes können es erfordern, daß wir einmal bei 21 Grad Hitze hier länger sitzen.

Abg. v. Emeckerus glaubt nicht, daß es der Bedeutung der Gesetze entsprechen würde, wenn dieselben in so schneller Hast durchberaten würden. Man dürfe auch dem Herrenhaus nicht zu-

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 27. Mai.

Berlin hat sein Oberhaupt verloren — am Himmelfahrts Tage ist Ober-Bürgermeister Max v. Jörckenbeck gestorben, ein halbes Jahr nachdem Berlin den 70. Geburtstag des Mannes gefeiert hat, der in treuer Pflichterfüllung in seinem Amte ausgeharzt, bis der Tod ihn aus reicher, fruchtbare Thätigkeit hinwegriß. Seit 1878 stand er an der Spitze des großen Berliner Gemeinwesens, das zu seiner Leitung einen ganzen Mann und einen Mann von hervorragenden Geistes- wie Charakterqualitäten verlangt. Mehr als fünfviertel Millionen Menschen beherbergte auf mehr als einer Quadratmeile Raum unsere Stadt — sie arbeitet mit einem Haushalt, der größer ist als der der meisten deutschen Bundesstaaten; sie beschäftigt ein Heer von besoldeten Beamten und daneben eine große Schaar freudig im Ehrenamt die Pflichten der Selbstverwaltung erfüllender Männer — 126 Stadtverordnete und mehr als 12 000 Kommunalbeamte. Der Mann, der mit kraftvoller Hand die große Verwaltung geleitet, ist nun dahingeschieden; es ist ihn nicht mehr vergönnt gewesen, die Krönung des stolzen Gebäudes, die Eingemeindung der Vororte, darunter Charlottenburgs mit seinen ca. 50 000 Einwohnern, zu erleben. Was unter seiner Verwaltung zu Gunsten der weltstädtischen Entwicklung Berlins Bedeutungsmäßiges geschehen, ist im vorigen Jahre aus Anlaß des 70. Geburtstages Jörckenbecks auch an dieser Stelle gewürdigt worden. Und wie der Name des Politikers Jörckenbeck in der politischen Geschichte Deutschlands noch lange fortleben wird, so wird er, nach Einführung der Städteordnung der erste Bürgermeister Berlins, der in seinem Amte gestorben, in den Annalen Berlins fortleben und was er geschaffen in eifriger, rastloser Arbeit, wird sich weiter entwickeln in seinem Geiste — also zum Besten und zum Segen Berlins.

Man braucht nicht gerade ein fanatischer Bewunderer alles Berlinischen zu sein, um rechten Alerger zu empfinden über den Verlauf, den das Gastspiel unsers "Deutschen Theaters" in Wien genommen hat. Wir haben oft genug an dieser Stelle betont, wie sehr das "Deutsche Theater" in seinem Ensemble zurückgegangen ist, wie viele Lücken unausgefüllt geblieben sind. Es war daher ganz verständig, daß Direktor L'Arronge, wenn er nun einmal zu diesem Gastspiel-Experiment sich entschloß, nur ein beschränktes Repertoire wählte, das er gut darstellen zu können meinte. Der Erfolg der "Kinder der Exzellenz" hat ihn dann bestimmt, von seinem Repertoire abzuweichen und jenes recht lustige, aber doch nicht gerade bedeutende Lustspiel immer wieder den Wienern aufzutischen. So mußte es geschehen, daß man in Wien den Wirkungskreis des "Deutschen Theaters" unterschätzte. Warum L'Arronge nicht wenigstens noch Ibsens "Stützen der Gesellschaft" gegeben hat, eine der besten Vorstellungen seiner

Bühne, bleibt unerfindlich — für uns ist's freilich recht gut, denn sonst hätte auch noch Max Pohl, der in diesem Schauspiel ganz vorzüglich ist, einen Antrag vom Burgtheater erhalten wie Engels, Elsa Lehmann und Nissen. Und wir sähen doch Herrn Pohl so gern hier am Schauspielhause, wo man ihn so dringend braucht! Aber all die Ungefehltheiten, all die Dissonanzen, die beim Gastspiel unsers "Deutschen Theaters" vorgekommen zu sein schienen, geben der Wiener Kritik noch nicht das Recht, in so völlig kritiklosen Wendungen die Darbietungen unserer Künstler zu besprechen. Teresina Gessner als eine zu bürgerliche Schauspielerin, Kainz als einen hölzernen Gliedermann zu bezeichnen, das ist so thöricht, so völlig unsubstantiell, daß man es nicht einmal einem Kritiker verzeihen kann, der das Unglück hat, jahraus, jahrein Herrn v. Sonnenthal Komödie spielen zu sehen. Die Wiener Kritik hat wieder in allen möglichen Tonarten das Thema variiert: "es giebt nur a Kaiserstadt" — und da das "Deutsche Theater" zufällig nicht in Wien steht, so hat man's eben etwas von oben herab behandelt. Es ist das ein Stückchen Lokalpatriotismus, das ja seinen Reiz hat — etwas davon wäre auch dem Berliner zu wünschen, der immer nur am Fremden Gefallen findet. Wir haben das neulich schon an der überschwänglichen Aufnahme nachgewiesen, die Sonnenthal hier gefunden hat, und werden das auf's Neue erleben, wenn Direktor Lautenburg seine Drohung wahr macht und wirklich in der nächsten Saison ein Gastspiel Wiener Burgschauspieler im Residenztheater veranstaltet. Der Kleinstädter steht dem Berliner noch immer im Blut und besonders für Wien hat er sehr viel übrig — ich bin ja auch sehr für Wiener Kellner, für den Dreibund und so weiter, aber darum nun alles in den Kauf zu nehmen, Wiener Schauspiel-Invaliden, Wiener Gspäfl-Komiker, Wiener "geistreiche" Feuilletonisten mit liederlichem Stil und trans- und cisleithanischer Sprachbehandlung — das geht mir denn doch über den Spaß!

Man könnte, ohne ein Pedant wie Wustmann zu sein, sehr leicht ein Heftchen "Österreichisch-ungarische Sprachdummheiten" schreiben, wenn man die Berliner Zeitungen durchstudirt. Unsere Schauspielkunst hat sich schon weit mehr zu einem eignen Stil durchgerungen, als unsere Feuilletonkunst — wirklich eigenartige Feuilletonisten von ausgesprochener Selbständigkeit haben wir sehr wenig. Da war es denn dieser Tage ein wirklich erlebener Genuß in der "Freien Literarischen Gesellschaft" einen so originellen und geistvollen Autor wie Maximilian Harden, dessen kostliches "Apostata"-Büchelchen ich bei dieser Gelegenheit aufs Neue empfehlen möchte, einmal öffentlich sprechen zu hören. Er behandelte das Thema "Bismarck und die deutsche Literatur" — und noch einiges Andere. Es ist sehr schwer, in einem Kreise von Literaten und solchen, die es sein möchten, einen Vortrag zu halten — jeder Hörer glaubt sich natürlich unternachtert als jeder Vortragende und darum ist eigentlich nichts undankbarer,

als ein Vortrag in der "Literarischen Gesellschaft". Und doch hat Harden mehr als eine Stunde lang seine Zuhörer zu fesseln verstanden, sie aufs geistvollste unterhalten. Es war ein ungemein anregender Abend. Was Harden über Bismarck und die deutsche Literatur sagte, war alles sehr treffend, wenn auch nicht erlösend — jeder Zuhörer wird wenigstens geglaubt haben, daß er schöpferisch darstellen zu können. Aber was so fesseln wirkte bei diesem verschwenderisch mit satirischen Wendungen, kleinen Malicien und ehlichen Wahrheiten ausgestatteten Vortrage, das war die persönliche Art, der intim persönliche Reiz des in liebenswürdigstem Konversationston gehaltenen Vortrags. In allerlei geistvollem Arabeskentwerk, in prickelnd satirischer Geißelung unserer journalistischen Zustände von dem eigentlichen Thema oft abirrend, von jeder Beifallsäußerung, von jeder Heiterkeit seines Auditoriums zu neuen glänzenden Improvisationen angeregt, ward der Redner oft immer wieder zur Erörterung von Fragen gedrängt, die weit ab von seinem Thema und seiner Absicht lagen, und es war für uns ein großes, ich möchte sagen, technisches Vergnügen, zu beobachten, mit welcher Gewandtheit und Sicherheit der Redner immer wieder zu seinem Helden zurückkehrte. Hätten wir's übrigens nicht schon früher gewußt, Art und Inhalt des Vortrags hätten uns belehren müssen, warum ein Autor wie Harden so oft zum Ausgangspunkt von Angriffen genommen wird gleichzeitig von hüben und drüben . . .

Wir stehen jetzt in unserer Sommerfreuden Maienblüthe. Sogar der Prozeß Polke verspricht ein Ende zu nehmen. Der Landtag ist in vollster Arbeit, trotzdem die mächtigen Eiskübel auf der Journalistentribüne des Abgeordnetenhauses darauf hindeuten, daß er bald kaltgestellt werden wird. Und auf dem Wilhelmplatz wird nächstens sogar der Versuch gemacht werden, die Statue des Generals v. Seydlitz von ihrem schwärzlichen Ueberzuge zu befreien. Bekanntlich ist überall in deutschen Landen und weit darüber hinaus das Bronzedenkmal ein Gegenstand der Sorge. In mühevoller Arbeit haben die Künstler die Denkmäler geschaffen, nach bestem Können Alles erwogen, um Kunstwerke zu schaffen — bald aber kommt die Einwirkung der Temperatur, der Staub &c. und verwischt die frischen Linien, die ganze Gliederung des Kunstwerks. Seit mehr als zwei Jahrzehnten untersucht die Patina-Kommission, was zu thun sei, um unseren Kunstwerken jene kostliche Patina zu verschaffen, die wir in Italien und hier und da auch in Deutschland an den alten Bronzen bewundern. Unkünstlerisch kann man auf chemisch-mechanischem Wege diese Patina gar leicht hervorrufen — es handelt sich jedoch darum, unseren Bronzedenkmalen die natürliche Patina zu sichern. Hierzu nun hat der Bildhauer Robert Toberenz nach eingehenden Versuchen ein Mittel erfunden, das nun zuerst an der Seydlitz-Statue von Staatswegen erprobt werden soll. Nach unserer Kenntnis dr. Materie zweifeln wir nicht an einem vollen Erfolge. Eine durchgreifende Restaurierung aller staatlichen Bronzedenkämler erscheint daher nur noch eine Frage der Zeit.

muthen, auf so wichtige Fragen, wie sie diese Gesetze behandeln, mit Ja und Nein zu antworten. Die Bedeutung des Herrenhauses wird dadurch paralytiert.

Die Abstimmung ergiebt, daß die Mehrheit des Hauses gegen eine Abendförmung ist.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der heutigen Berathung.) Schluß nach 4 Uhr.

Lokales.

Posen, den 28. Mai.

* Die gestrige Soirée der Stettiner Sänger fand in Folge der schönen, warmen Witterung im Garten des Lambertschen Restaurants statt. Etwas lächerliche Weise hatte sich eine sehr große Zahl von Besuchern eingefunden, die den meist humoristischen Gauen der bestebten Gesellschaft willig Gehör schenkten und einzelnen, besonders gelungenen Leistungen wohlverdienten reichen Beifall spendeten. Die flotte Vortragsweise, die reiche Abwechslung im Programm, die vollkommene Sicherheit des Auftritens und die gewählten, trotz aller Pikanterien niemals die Grenzen der Schicklichkeit und guten Sitte überschreitenden Koupets und Schwänze, mit denen die "Stettiner" dem Publikum eine harmlose, aber amüsante Unterhaltung gewährten, zeichnen sie sehr vortheilhaft vor vielen ähnlichen Gesellschaften aus, sodß gerade Familien ihre Soirées mit Vorliebe besuchen. Wie immer hielten gestern die Herren Meyself und Britton durch ihre "ukomischen" Leistungen die Zuschauer in Bewegung, während Herr Hippel mit seinem "Lebenden Panoptikum" einen vollen Erfolg errang. Mit überraschender Schnelligkeit brachte lebendiger Herr mit Hilfe von Bart und Färberei und der nötigen Uniformstücke historische Persönlichkeiten wie Friedrich den Großen, Napoleon I. u. a. zu lebenswahrer und deutlicher Ausbildung und vermittelte so Manchem, der diese großen Männer nicht im Bilde kennt, in charakteristischer Pose die Kenntnis ihrer Persönlichkeit, was wir für ein nicht zu unterschätzendes volksbildendes Moment innerhalb solcher populärer Vortragsabende halten. Auch die übrigen Mitwirkenden, die Herren Häckel, Pietro, dem die Gabe harmlosen, schalkhaften Humors gleich seinen Kollegen Meyself und Britton in besonderem Grade verliehen ist, sowie Herr Eberius und der Klavierpianist Herr Schröder thaten ihre volle Schuldigkeit und trugen nicht wenig zum Gelingen des Ganzen bei. Die treffliche, in unserer Stadt wie keine zweite beliebt gewordene Sängergesellschaft bleibt nur noch bis zum Sonntag hier; wir empfehlen deshalb einen Besuch ihrer Soirées aufs angelegentlichste, zumal der Garten des Lambertschen Restaurants, einer der schönsten in unserer Stadt, einen sehr angenehmen Aufenthalt bietet.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Mai. Der Bundesrat hat sich mit dem Reichskanzler in Vorschlag gebrachten Vermehrung der Zahl der Bankhäuser, welchen von der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds die Vermittelung von Geschäften übertragen werden kann, einverstanden erklärt. Den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung einer einheitlichen Bezeichnung, hat der Bundesrat ferner den Ausschüssen für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Justizwesen überwiesen. Der letztere Ausschuß wurde

auch mit der Vorberathung der vom Reichstag überwiesenen Petition wegen reichsgesetzlicher Regelung des Strafvollzugs beauftragt.

Cleve, 27. Mai. Bei Marschübungen bekamen drei Soldaten den Sonnenstich; einer ist gestorben.

Schweidnitz, 27. Mai. Das Reichspostamt hat den Anschluß des Waldecker Fernsprechnetzes an die Fernsprechneße Berlin, Liegnitz und Hirschberg-Thal genehmigt.

Köln, 27. Mai. Die "Königliche Volkszeitung" veröffentlicht einen von der deutschen Station Bukoba am Victoria-See eingetroffenen Bericht des aus Uganda vertriebenen apostolischen Vikars Hirth mit Nachrichten über die Wirren in Uganda. Der Brief welcher vom 10. Februar datirt ist, berichtet, im Januar sei Kapitän Lugard aus Nujom zurückgekehrt, wo er die alten türkischen Truppen Emin Paschas getroffen habe, die sich auf dem Wege nach Bukoba befanden, wobin Emin sie gesichtet habe. Der Kampf sei in Uganda am 24. Januar d. J. ausgebrochen, die Protestantinnen hätten das Schießen eröffnet, welches von den Katholiken beantwortet worden sei. Letztere seien aus Mangel an Munition erlegen.

München, 27. Mai. Am Schlusse der gestrigen, den Landtagsabschied sancionirenden Staatsräthsitzung drückte der Prinzregent dem Gesamtmintisterium seine volle Zufriedenheit mit dessen Thätigkeit aus.

München, 27. Mai. Der Magistrat beschloß, ein Ersuchen an das Kriegsministerium zu richten um Erhaberung der Kaiserne der schweren Reiter, beschloß ferner die zwölftündige Sonntagsruhe für die Bäckerhilfen, legte die Stunden, an denen die Beschäftigung nicht gestattet ist, auf die Zeit von Vormittags 11 bis Abends 7 und überließ die Bestimmung der weiteren 4 Stunden den Meistern. Der Schluß der Friseur-, Bader- und Perückenmachergeschäfte erfolgt an Sonn- und Feiertagen Mittags 1 Uhr.

Fürth, 27. Mai. Eine große Feuerbrunst zerstörte die bedeutende Papierkonfektions- und Delpappensfabrik Spaer und Söhne.

Leipzig, 27. Mai. Das Reichsgericht verworf die Revisionsklage der Staatsanwaltschaft gegen das bekannte auf Freisprechung von der Anklage der Majestätsbeleidigung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen lautende Urteil des Landgerichts Kassel gegen den Redakteur der "Hessischen Blätter" Pastor Hofmann. Der Reichsanwalt hatte die Aufhebung des Urteils beantragt.

Karlsruhe, 27. Mai. Bei der Berathung des vom Zentrum gestellten Antrages auf Zulassung religiöser Orden erklärte heute in der zweiten Kammer der Kultusminister Dr. Roff, die Regierung sei nicht in der Lage, die Einführung religiöser Orden und die Errichtung einzelner Anstalten der eingeführten Orden ohne vorausgegangene staatliche Genehmigung zu gestatten, da sie nicht auf den Einfluß verzichten könne, dessen sie zur Bewahrung des konfessionellen Friedens bedürfe. Was die Abhaltung von Missionen und die Ausübung in der Seelsorge durch die Mitglieder nicht eingeführter religiöser Orden betrifft, so seien die bezüglichen Vorschläge der Regierung im Jahre 1888 abgelehnt worden. Die Regierung halte darnach die Einbringung neuer Gesetzesvorschläge für nicht angebrückt, sei indessen bereit, die Vorschläge der Kammer in dieser Frage in Erwägung zu ziehen.

Dur, 27. Mai. Der Wasserzufluss in den Victoria-Schächten ist heute etwas schwächer. Gerüchte verlauten, die Schächte Nelson, Fortschritt und Gisela ständen gleichfalls unter Wasser. Die Über-Tages-Anlagen der Anna-Bruno-Schächte sind gänzlich niedergebrannt.

Kopenhagen, 26. Mai. Einen besonders feierlichen Alt bei

90031 59 131 37 279 91 540 (3000) 612 757 856 972 91135 85
300 461 520 723 (500) 47 62 78 844 953 92027 215 96 391 (1500) 421
77 97 545 658 88 89 (500) 784 85 807 93065 133 35 68 267 316 56 65
573 617 810 91043 89 121 84 232 411 535 54 826 95313 542 684 713
94 954 96012 25 (1500) 309 11 469 546 728 816 999 97018 290 377
493 587 96 793 808 51 78 906 69 98157 271 408 683 739 (1500) 40 814
36 99163 208 26 70 322 37 89 86 485 87 513 670 709 (300) 875
100006 185 265 356 94 493 510 58 628 725 31 866 99 956 59
101135 89 (500) 208 339 43 431 90 771 86 838 102071 87 100 129 90
220 30 41 582 671 75 869 103081 88 327 29 51 603 706 819 50
104075 121 59 81 91 239 77 338 80 88 405 (300) 538 796 846 913
105018 264 72 558 660 79 706 886 998 106028 48 64 71 274 84 335
64 85 500 8 (300) 630 804 907 107028 60 (300) 88 94 149 85 273
392 408 32 574 97 792 108017 21 66 108 37 388 97 492 97 568 817
47 66 919 109221 45 58 597 (500) 714 87 849 (300) 982
110069 205 16 337 404 685 111028 87 232 386 (5000) 471 559
699 830 112015 68 (3000) 282 (300) 391 427 67 73 749 849 (300) 96
(3000) 923 113237 47 574 114078 (1500) 296 334 412 24 624 48 786
115130 55 67 293 365 662 710 79 (500) 809 931 44 116087 148 96 628
62 766 827 950 117265 330 76 440 60 703 56 957 84 (3000) 118025
34 47 243 466 515 98 611 22 (1500) 24 56 731 119205 21 403 608
807 34

120102 324 441 44 667 713 57 62 862 (300) 906 14 43 121270 424
36 44 659 774 992 122066 218 331 (500) 86 442 676 92 791 935 52
123202 185 273 90 319 529 40 93 775 (3000) 906 28 97 124310 16 18
481 82 520 22 42 630 46 93 708 91 (3000) 857 935 125149 71 215 349
614 31 94 888 921 73 126105 84 328 437 47 535 659 81 826 727 127074
169 240 42 314 61 82 443 509 73 645 (1500) 58 732 834 128001 74
192 220 (500) 388 575 616 842 129071 141 319 93 425 63 595 99 760
938

130042 (1500) 143 230 308 45 (3000) 408 67 564 710 39 131038
101 20 243 370 504 648 93 734 65 80 860 96 925 59 132077 341 86
88 502 93 759 79 810 81 911 33 133061 269 89 397 433 83 87 500 774
77 836 134134 325 359 665 86 843 70 135081 101 567 136071 154 69
269 407 78 71 92 564 629 43 (300) 63 866 949 137034 84 296 434 36 61
719 65 74 94 851 978 138073 94 97 159 247 57 (300) 352 69 426 500
77 (500) 672 88 838 71 974 97 139124 37 277 79 458 537 76 81 83

618 66 803 937 80

140042 57 (500) 138 70 299 340 58 66 88 96 469 632 141044 160

95 264 76 316 78 474 564 652 772 805 142028 106 (500) 22 314 20

53 55 511 54 86 685 715 810 903 59 143075 242 379 441 551 672 705

921 144002 (3000) 154 200 332 402 508 (3000) 48 61 66 656 717 75

932 42 145022 316 57 558 792 989 146 84 120 315 81 543 64 74

924 147135 468 624 29 707 72 (1500) 97 148275 429 85 533 78 (300)

629 94 913 43 149273 89 328 34 451 544 51 675 723 853

150070 293 300 452 581 650 886 151063 183 288 96 472 705

609 87 773 830 (3000) 923 86 152149 51 338 425 (1500) 48 689

153253 694 (300) 978 154020 27 171 258 405 513 662 69 745 809 83

155032 116 29 65 290 412 55 60 540 52 600 79 860 91 918 156123

321 68 423 32 (300) 748 835 (500) 924 40 57 157048 83 (500) 238 42

93 302 81 (1500) 471 78 748 86 94 948 75 75 158012 68 81 202 440

48 (3000) 49 90 93 623 27 779 934 42 57 159134 503 76 556 737 839

160074 405 32 505 63 868 990 91 161095 115 (1500) 339 68 85

518 711 162138 359 73 604 754 73 838 53 163036 (1500) 50 63 210

54 340 48 408 (1500) 17 594 635 742 47 887 164091 187 205 76 501

638 88 839 91 32 76 (500) 165058 82 114 65 260 392 403 39 557

687 944 166239 53 432 573 664 705 70 72 804 21 33 929 (3000)

167002 10 164 275 342 530 839 (500) 168181 82 294 326 49 533 735

51 169043 (300) 402 13 48 62 85 547 68 93 767 847

170008 140 (300) 239 379 47 (3000) 93 631 (3000) 719 55 171059

60 (500) 185 288 (500) 423 77 618 751 838 65 931 62 172077 109 54

259 302 472 570 652 722 824 173199 669 72 724 828 174360 (1500)

413 29 776 79 943 175019 48 501 945 176006 (1500) 112 218 302 23

56 83 443 512 638 94 830 902 (500) 86 89 177122 37 234 (500) 422 27

601 62 728 806 945 178028 158 283 316 453 54 88 642 723 921 52

(5000) 179019 30 73 79 166 382 411 34 69 (500) 68 980

180017 76 (300) 130 78 264 437 613 70 181007 66 73 233 324

54 545 58 858 61 900 182110 238 82 413 51 56 58 69 518 822 70 998

183001 (300) 58 170 227 339 42 80 877 181232 56 404 58 518 19 864

